

2./III. 1915

### Die Handelspolitische Kommission über die wichtigsten Approvisionierungsformen.

Wien, 2. März.

Die letzte Sitzung der Approvisionierungssektion der Handelspolitischen Kommission stand unter dem Eindruck der kaiserlichen Verordnung, mit der die Sperre und Borratsaufnahme der Getreide- und Mahlprodukte angeordnet wurde.

Vor Eingang in die Tagesordnung lenkte Gemeinderat Herold die Aufmerksamkeit der Kommission auf die Bedeutung, welche der Kaninchenzucht und der Verwertung des Kaninchenfleisches in den gegenwärtigen Zeiten zukomme. Kaiserlicher Rat Vinzl beantragte, die Kommission solle die Bestrebungen unterstützen, welche dahin zielen, daß die Besetzungszölle für die Einfuhr von Kaffee, Tee und Kakaobohnen zur See auch bei der Einfuhr zu Lande allgemein zur Anwendung kommen sollen, da unsere Hafensplätze für die Einfuhr der erwähnten Produkte gegenwärtig nicht in Betracht kommen.

Nach einem Berichte des Vorsitzenden Vizebürgermeisters Hof über den Empfang der Präsidenten der Kommission durch den Ministerpräsidenten wurde über die Verordnung, mit der der Verkehr mit Getreide und Mehl geregelt wird, die Debatte eröffnet. Regierungsrat Friz teilte mit, daß die Kriegskommission für Konsumenteninteressen im Ministerium des Innern vorgeschrieben habe, um über unklare Bestimmungen der Verordnung eine authentische Weisung einzuholen. Insbesondere hat die Kommission darüber Aufklärung verlangt, ob in dem täglich zugelassenen Verbrauchsquantum von 9 Kilogramm Getreide, beziehungsweise 7-2 Kilogramm Mahlprodukten auch das Brot inbegriffen sei. Letztere Frage wurde bejaht.

Frau Helene Granitsch erklärte, die Verordnung wäre nicht geeignet, die Sparsamkeit zu fördern, da bei diesen großen Verbrauchsziffern vermutet werden müsse, daß große Getreidevorräte noch vorhanden seien. Gräfin Walterskirchen wies darauf hin, daß in einem mittelständischen Haushalt nach genauen Berechnungen 2-87 Kilogramm Mehl inklusive Reis und Grieß per Kopf und Monat verbraucht werden. Frau Freund-Marcus führte aus, daß eine Familie von fünf Köpfen monatlich durchschnittlich 9 Kilogramm Mehl, 19 Laib Brot und 150 Semmeln verzehre. An Durchschnitt ergebe das per Person an Mehl 1-80 Kilogramm, an Brot 2 Kilogramm und an Semmeln 78 Dekagramm, das ist ein Verbrauch an Mehl einschließlich Brot und Gebäck von 4-58 Kilogramm per Kopf im Monat.

Regierungsrat Dr. v. Tavenhal machte auf die Gefahren aufmerksam, die daraus erwachsen, daß jetzt bloß eine Teilregelung erfolge. Dadurch würde das bisherige unökonomische Vorgehen noch für einen verhältnismäßig langen Zeitraum ermöglicht. Kaiserlicher Rat Mareš meinte, um die zahlreichen Unklarheiten der Verordnung zu beseitigen, wäre dringendst eine Nachtragsverordnung notwendig, an der die Regierung übrigens schon arbeiten soll.

Frau Freundlich regte an, die sämtlichen Kartoffelvorräte zu beschlagnahmen, damit diese zum Ausgleich des zu erwartenden Nahrungsbedarfs herangezogen werden können.

Vizebürgermeister Hof resümierte die vorgebrachten Forderungen und Anregungen, die der Regierung in einer Eingabe zur Kenntnis gebracht werden sollen.

Hierauf befaßte sich die Sektion mit der ungünstigen Gestaltung der Preisverhältnisse auf dem Eiermarkt. Die in dieser Angelegenheit einvernommenen Experten, Siegfried Reichenfeld, Präsident des Vereines der Eierbändler, und M. Medak erklärten die kolossale Preissteigerung auf dem Eiermarkt damit, daß der Export Rußlands und Galiziens nach Deutschland gegenwärtig unterbunden sei und die deutschen Einkäufer ihren Bedarf daher in jenen Gebieten decken, in welchen bisher der Eierbedarf des Wiener Platzes befriedigt wurde. Trotzdem die Eierproduktion in der gegenwärtigen Jahreszeit gestiegen ist, haben durch die große Nachfrage die Preise eine noch nie eingenommene Höhe erreicht. Hierdurch wird nicht nur die gegenwärtige Eierversorgung von Wien erschwert, sondern auch die Anlegung von Dauerware, die für den Herbst und Winter bestimmt ist, fast unmöglich gemacht. Auf Grund dieser Ausführungen sprach sich die Sektion dahin aus, daß wenigstens für die Monate März, April und Mai, in welchen der Einkauf der Eier zu Konservierungszwecken stattfindet, der Export nach Deutschland verboten oder zumindest eingeschränkt werde.